

Inhaltsverzeichnis

1. Die Deutsche Kreditwirtschaft
2. Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken
3. Bundesverband Deutscher Banken
4. Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands
5. Deutscher Sparkassen- und Giroverband
6. Markus Ferber
7. KPMG

Die Deutsche Kreditwirtschaft

Die Deutsche Kreditwirtschaft (DK) ist als Zusammenschluss des Bundesverbandes der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken (BVR), des Bundesverbandes Deutscher Banken, des Bundesverbandes öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB), des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) und des Verbandes deutscher Pfandbriefbanken (vdp) die Interessenvertretung der kreditwirtschaftlichen Spitzenverbände.^[1] Sie steht für eine gemeinsame Meinungs- und Willensbildung der kreditwirtschaftlichen Verbände in Deutschland – in bankrechtlichen, bankpolitischen und bankpraktischen Fragen. Die Positionen werden einstimmig beschlossen. Die gemeinsamen Standpunkte werden gegenüber den gesetzgebenden Organen, der Regierung, den Behörden sowie bank- und finanzwirtschaftlichen Institutionen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene vertreten.

Die Deutsche Kreditwirtschaft

Rechtsform eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich Interessenvertretung der kreditwirtschaftlichen Spitzenverbände
Gründung 2011
Seit 2011
Hauptsitz rotierend
Lobbybüro
EU
Webadresse die-dk.de

Inhaltsverzeichnis

1 Organisationsstruktur, Ausgaben und Beschäftigte	2
1.1 Angaben im Lobbyregister beim Deutschen Bundestag	3
2 Themen	3
3 Aktivitäten	4
3.1 Stellungnahmen	4
3.2 Veranstaltungen	4
3.3 Pressemitteilungen	4
4 Fallbeispiele	5
4.1 Mitfinanzierung einer Studie zum Provisionsverbot für Finanzprodukte	5
5 Einelnachweise	5

Organisationsstruktur, Ausgaben und Beschäftigte

Die DK ist ein Zusammenschluss von Verbänden ohne eigene Infrastruktur und ohne eigenes Budget. Die Federführung wechselt jährlich zwischen dem [Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken](#) (BVR), dem [Bundesverband Deutscher Banken](#) sowie dem [Deutschen Sparkassen- und Giroverband](#) (DSGV). Die laufenden Kosten werden durch den jeweiligen Federführer aus seinem laufenden Budget getragen. Für 2022 wurden die Kosten für Lobbyarbeit in Brüssel im EU Transparencyregister (Stand: 04/01/2023) mit 1.250.000 - 1.4999.999 Euro angegeben.^[2] Bei der EU-Repräsentanz des BVR wurden vier Mitarbeiter beschäftigt, die aber nicht ausschließlich für Angelegenheiten der DK tätig waren. Die weiteren mit EU-Angelegenheiten der DK befassten Mitarbeiter waren von Berlin aus aktiv.

Angaben im Lobbyregister beim Deutschen Bundestag

Im Lobbyregister beim Deutschen Bundestag führt die Deutsche Kreditwirtschaft zwar einen [Eintrag](#), gibt dabei aber 0 € Lobbyausgaben und 0 Beschäftigte in der Interessenvertretung an. Die 5 Mitgliedsverbände gemeinsam gaben im Jahr 2023 fast 15 Mio. € für Lobbyarbeit aus und beschäftigten fast 60 Vollzeitäquivalent in der Interessenvertretung.

	Ausgaben in €	Vollzeitäquivalent der Beschäftigten in der Interessenvertretung
Bundesverband der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken (zum Eintrag im Lobbyregister)	2.200.001 - 2.210.000	8,32
Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands [1]	2.500.001 - 2.510.000	13,64
Bundesverband Deutscher Banken[2]	6.050.001 - 6.060.000	21,3
Deutscher Sparkassen- und Giroverband[3]	3.350.001 - 3.360.000	14,91
Verband deutscher Pfandbriefbanken[4]	790.001 - 800.000	1,14
Gesamt 2023	ca. 14.910.000 €	ca. 59

Themen

Im deutschen Lobbyregister werden als Interessen- und Vorhabenbereiche genannt: Internationale Beziehungen; Sonstiges im Bereich „Außenpolitik und internationale Beziehungen“; Parlamentarisches Verfahren; Allgemeine Energiepolitik; Erneuerbare Energien; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Institutionelle Fragen der EU; Sonstiges im Bereich „Europapolitik und Europäische Union“; Cybersicherheit; Kriminalitätsbekämpfung; Terrorismusbekämpfung; Sonstiges im Bereich „Innere Sicherheit“; Digitalisierung; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Bauwesen und Bauwirtschaft; Ländlicher Raum; Stadtentwicklung; Wohnen; Öffentliches Recht; Rechtspolitik; Strafrecht; Zivilrecht; Sonstiges im Bereich „Recht“; Rente/Alterssicherung; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Luft- und Raumfahrt; Schifffahrt; Verkehrsinfrastruktur; Sonstiges im Bereich „Verkehr“; Bank- und Finanzwesen; Kleine und mittlere Unternehmen; Verbraucherschutz; Wettbewerbsrecht.^[3]

Laut EU Transparenzregister beschäftigt sich die DK mit folgenden Themen: Bankenunion (Einlagensicherung, Basel IV, notleidende Kredite), Kapitalmarktunion (Finanzaufsicht, MiFID/R), Sustainable Finance, Verbraucherrechte, Zahlungsverkehr, Steuern und Geldwäschebekämpfung, Digitalisierung.^[4]

Aktivitäten

Stellungnahmen

Die Stellungnahmen sind [hier](#) abrufbar.

Veranstaltungen

Beispiele sind

- [Steuersymposium 2023, 24.04.2023](#). Teilnehmer: Vertreter des Bundesfinanzministeriums, Vertreter der Kreditwirtschaft sowie Bundestagsabgeordnete
- [5. DK-Forum zu Aufsicht und Regulatorik, 15.06.2022](#). Teilnehmer: Präsident der BaFin, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank, Vertreter der Kreditwirtschaft, der Vizepräsident des Europäischen Parlaments und ein Professor für Finanzwissenschaft

Die folgenden Gespräche fanden in der Vertretung des Landes Hessen in Brüssel statt:

- [Veranstaltung „Arbeitsfrühstück Kreditwirtschaft“ mit MdEPs](#) (Bericht aus Brüssel der Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union vom 11.03.2022, S. 39). Laut Bericht lud die Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Lucia Puttrich, am 02.03.2022 gemeinsam mit der Deutschen Kreditwirtschaft zum finanzpolitischen Arbeitsfrühstück der Deutschen Kreditwirtschaft in die Landesvertretung in Brüssel ein. In der von Kolja Gabriel (Bankenverband) moderierten Diskussion vertrat MdEP Ralf Seekatz (EVP/DEU) die Auffassung, dass eine EU-weite Anti-Geldwäschebehörde selbstverständlich nur nach Frankfurt kommen könne. MdEP Dr. Joachim Schuster (S&D/DEU) wies auf die Gefahr eines von Russland und China entwickelten eigenen SWIFT-Systems hin und sprach sich gleichzeitig gegen eine Verlängerung der Übergangsfristen von Basel III und für faire Wettbewerbsbedingungen für die europäische Finanzindustrie aus. MdEP Rasmus Andresen (Grüne/DEU) und MdEP [Markus Ferber](#) (EVP/DEU) bewerteten den Legislativvorschlag der Kommission zur endgültigen Umsetzung von Basel III grundsätzlich positiv. Weitere Gäste waren MdEP Malte Gallée (Grüne/DEU), MdEP Engin Eroglu (RN/DEU) und Dr. Sebastian Thomasius (Ständige Vertretung DEUs bei der EU).
- [Gespräch der Deutschen Kreditwirtschaft mit Generaldirektor Thomas Westphal, Rat der EU, ECOFIN](#) (Bericht aus Brüssel der Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union vom 11.03.2022, S. 39). Am 02.03.2022 fand nach dem Bericht ein Gespräch zwischen der Deutschen Kreditwirtschaft und Generaldirektor Thomas Westphal in der Landesvertretung statt, an dem auch Europastaatssekretär Uwe Becker teilnahm. Staatssekretär Becker warb in seiner Begrüßung erneut für die Ansiedlung der noch zu schaffenden Anti- Geldwäschebehörde in Frankfurt. Thomas Westphal berichtete über den aktuellen Stand der Sanktionen gegenüber Russland. In Bezug auf die Vollendung der Bankenunion stellten sich weiterhin Fragen der Einheitlichkeit im Steuer- und Insolvenzrecht. Abschließend ging Westphal auf die sogenannten „unrated Cooperates“ ein, die auch nach Umsetzung von Basel III weiterbestehen würden.

Pressemitteilungen

Die Pressemitteilungen sind [hier](#) abrufbar.

Fallbeispiele

Mitfinanzierung einer Studie zum Provisionsverbot für Finanzprodukte

Die EU-Kommission und die Verbraucherzentralen fordern seit Jahren ein Provisionsverbot für Finanzprodukte, um Fehlanreize in der Finanzberatung zu verhindern. Gefordert wird, dass Berater:innen ausschließlich im Auftrag und Interesse der Verbraucher:innen handeln. Nach Auffassung der Verbraucherzentralen wollen Bankenvertreter und Versicherungsvertreter Verbraucher:innen häufig nur neue Finanzprodukte verkaufen.^[5] Es gehe ihnen eher darum, Provisionen zu kassieren statt bedarfsgerecht zu beraten. Verbände von Banken und Versicherern, die die Provisionen kassieren, lobbieren wochenlang gegen das geplante Provisionsverbot.^[6] Nach einer Studie von Professor Steffen Sebastian kostet der provisionsbasierte Verkauf die Sparer in Deutschland pro Jahr 98 Milliarden Euro.^[7] Nicht allein wegen der Provisionen, sondern auch, weil sie in schlechtere Produkte investieren, was die Verbände wiederum zurückweisen. Im Jahr 2021 kassierte allein die Deutsche Vermögensberatung (DAG) über 2,2 Mrd. Euro an Verkaufsprovisionen.^[8]

Die Deutsche Kreditwirtschaft hat gemeinsam mit dem deutschen Fondsverband BVI sowie dem Deutschen Derivate Verband (DDV) eine Studie bei der Beratungsgesellschaft [KPMG](#) in Auftrag gegeben. Die Studie vom November 2022 kommt zu dem Ergebnis, dass die Provisionsberatung allen Teilen der Bevölkerung einen professionellen Vermögensaufbau und die Teilhabe am Kapitalmarkt sichert.^[9] Vor allem Verbraucher mit geringen und mittleren Anlagebeträgen würden durch die Honorarberatung von der Beratung abgeschnitten, da sie zu teuer wäre, was von den Verbraucherverbänden bestritten wird.^[10]

Nach wochenlangem Lobbyieren von Banken- und Versicherungsverbänden^[11], die sich argumentativ auf die Ergebnisse der Studie stützten, hat die EU-Kommission entgegen ursprünglicher Pläne im Mai 2023 eine Strategie vorgelegt, die nur ein teilweises Provisionsverbot vorsieht.^[12] Beim Vertrieb von Fonds und Lebensversicherungen sollen Provisionen weiterhin möglich bleiben. Auch Bundesfinanzminister Lindner hatte sich in einem Brief an die EU-Kommission gegen ein Provisionsverbot ausgesprochen.^[13]

Einelnachweise

1. ↑ [Über uns](#), die-dk.de, abgerufen am 28.05.2023
2. ↑ [Eintrag im EU Transparenzregister](#), ec.europa.eu, abgerufen am 29.05.2023
3. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 29.05.2023
4. ↑ [Eintrag im EU Transparenzregister](#), ec.europa.eu, abgerufen am 29.05.2023
5. ↑ [Warum Provisionen in der Finanzberatung ein Problem sind](#), verbraucherzentrale-bawue.de vom 16.05.2023
6. ↑ [Auf Kosten der Verbraucher*innen - Provisionsvertrieb bei Finanzprodukten](#), 09.12.2022, finanzwende.de, abgerufen am 05.06.2023
7. ↑ [Die Bankenlobby hat gesiegt](#), sueddeutsche.de vom 02.05.2023, abgerufen am 05.06.2023
8. ↑ [Allfinanzvertriebe 2022](#), cash.online.de, abgerufen am 05.06.2023
9. ↑ [KPMG-Studie: Provisionsverbot würde breite Bevölkerungskreise von Finanzberatung ausschließen](#), die-dk.de vom 17.11.2021
10. ↑ [Warum Provisionen in der Finanzberatung ein Problem sind](#), verbraucherzentrale-bawue.de vom 16.05.2023

11. ↑ [Auf Kosten der Verbraucher*innen - Provisionsvertrieb bei Finanzprodukten, 09.12.2022](#), finanzwende.de, abgerufen am 05.06.2023
12. ↑ [EU-Provisionsverbot gescheitert - Verbraucher*innen haben das Nachsehen](#), vzbv.de vom 24.05.2023
13. ↑ [Finanzminister Lindner warnt EU vor Provisionsverbot](#), handelsblatt.de vom 15.01.2023, abgerufen am 05.06.2023

Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken

Der **Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR)** ist der Spitzenverband der genossenschaftlichen Kreditwirtschaft in Deutschland. Mitglieder sind alle Genossenschaftsbanken - Volksbanken Raiffeisenbanken, Sparda-Banken, PSD-Banken, Kirchenbanken und Sonderinstitute -, genossenschaftliche Zentralbanken, die Unternehmen der FinanzGruppe sowie die genossenschaftlichen Prüfungsverbände. Mit 737 Instituten und 7.512 Bankstellen bilden die deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken eines der dichtesten Bankservicenetze Europas. ^[1] Von ihnen über 30 Millionen Kunden sind 17,95 Millionen zugleich Mitglieder.

Zweck des Verbandes sind die Förderung, Betreuung und Vertretung der fachlichen und der besonderen wirtschaftspolitischen und wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder und der diesen angeschlossenen Einrichtungen innerhalb des Bereiches der genossenschaftlichen Kreditwirtschaft (§ 3 der Satzung). Die Mitgliedschaft im Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverband (DGRV), dem Dachverband der deutschen Genossenschaftsorganisationen, ist in § 5 der Satzung festgelegt.

Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR)

Rechtsform eingetragener Verein
mitglied

Tätigkeitsbereich Interessenvertretung der genossenschaftlichen Kreditwirtschaft

Gründung 1972

Seit

Hauptsitz Schellingstraße 4, 10785 Berlin

Lobbybüro

in

Lobbybüro EU Rue de l'Industrie 26– 38, 1010 Brüssel

Webadresse www.bvr.de

Inhaltsverzeichnis

1 Genossenschaften	7
2 Aufgaben	7
3 Unternehmen der Genossenschaftlichen Finanzgruppe Volksbanken und Raiffeisenbanken	7
4 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	8
4.1 Interessenvertretung in Deutschland	8
4.2 Europäische Interessenvertretung	8
4.3 Interessenvertretung durch Mitgliedsorganisationen	8
5 Mitgliedschaften (Auswahl)	9
6 Organe des BVR	10
6.1 Vorstand	10
6.2 Verbandsrat	10
6.3 Verwaltungsrat	10
6.4 Mitgliederversammlung	10

7 Fallbeispiele und Kritik	10
7.1 Lobbyisten in Ministerien	10
8 Weiterführende Informationen	10
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	10
10 Einelnachweise	11

Genossenschaften

Nach § 1 des [Genossenschaftsgesetzes](#) ist der Zweck einer Genossenschaft darauf gerichtet, den Erwerb oder die Wirtschaft ihrer Mitglieder oder deren soziale oder kulturelle Belange durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb zu fördern. Im Vordergrund steht der genossenschaftliche Förderzweck und nicht die Zahlung einer Rendite.^[2] Die von den genossenschaftlichen Spitzenverbänden vertretenen Genossenschaften betätigen sich in den Bereichen Banken (Genossenschaftliche FinanzGruppe, Volksbanken und Raiffeisenbanken), Agrar, Handel/Handwerk/Dienstleistungen sowie Konsum und sonstige Dienstleistungen. Die Fallpraxis des Bundeskartellamtes hat gezeigt, dass der Genossenschaft mit ihren Mitgliedern – trotz des genossenschaftlichen Identitätsprinzips – durchaus ein Handeln zu Lasten (eines Teils) der Mitglieder möglich ist.^[3]

Aufgaben

Zu den Aufgaben des BVR gehören:

- Interessenvertretung der Genossenschaftlichen FinanzGruppe
- Beratung und Unterstützung der Mitglieder in rechtlichen, steuerlichen und betriebswirtschaftlichen Fragen
- Beim BVR sind die Sicherungseinrichtung der genossenschaftlichen Finanzgruppe sowie die BVR Institutssicherung GmbH angesiedelt

Quelle: ^[4]

Unternehmen der Genossenschaftlichen Finanzgruppe Volksbanken und Raiffeisenbanken

Zu den Unternehmen der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken und Raiffeisenbanken gehören:

- Schwäbisch Hall
- R+V Versicherung
- Union Investment
- easyCredit
- DZ Bank
- DZ Privatbank
- VR Smart Finanz
- Münchener Hypothekenbank
- DZ HYP
- Reisebank

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Interessenvertretung in Deutschland

Im deutschen Lobbyregister gibt der BVR an, (Stand: 28.04.2023) im Jahr 2021 2.750.001 bis 2.760.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und 71 bis 80 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[5] Der BVR ist Mitglied des [Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverbands](#) (DGRV) und der [Deutschen Kreditwirtschaft](#), der Interessenvertretung der kreditwirtschaftlichen Spitzenverbände. Zu dieser haben sich der BVR, der [Bundesverband Deutscher Banken](#) (BDB), der [Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands](#) (VÖB), der [Deutsche Sparkassen- und Giroverband](#) (DSGV) sowie der Verband deutscher Pfandbriefbanken (vdp) zusammengeschlossen.

Die jährlich stattfindenden Bankwirtschaftlichen Tagungen des BVR dienen dem Dialog von Bankvorständen aus der genossenschaftlichen FinanzGruppe mit Politik und Regulatoren. 2022 gehörten zu den Rednern Bundesfinanzminister Lindner und Sabine Mauderer, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank.^[6]

Cheflobbyist (Bereichsleiter Politik und FinanzGruppe) ist Jan Tibor Böttcher.

Der BVR ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand, die Parlamentarische Abende veranstaltet.^[7]

Europäische Interessenvertretung

Der BVR unterhält eine politische Verbindungsstelle in Brüssel, die die Aktivitäten in Berlin und Brüssel koordiniert. Er formuliert Erwartungen an die Bundesregierung sowie die EU-Institutionen, vertritt die eigenen Standpunkte in Gremien und knüpft Allianzen mit Partnern auf europäischer und deutscher Ebene.^[8] Dabei kooperiert der BVR als Mitglied mit der [Europäischen Vereinigung der Genossenschaftsbanken](#) (EACB) und dem European Banking Industry Committee (EBIC).

Auch im europäischen Transparenzregister ist der BVR eingetragen. Dort hat er für das Jahr 2022 1.500.000 bis 1.749.999 Euro Lobbyausgaben und 47 Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 11,4) angegeben. Als eingeschaltete Lobbyagentur wird [Fleishman-Hillard](#) (Kosten: 100.000 Tsd. bis 199.999 Euro) genannt.^[9]

EU-Beauftragter ist Volker Heegemann, Leiter der Abteilung „Prudential, Banking Union & Legal Matters“ der Europäischen Vereinigung der Genossenschaftsbanken (EACB).^[10] Für den Zugang zu Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments akkreditiert sind Nadine Fetzer und Freya-Yvonne Gross.

Interessenvertretung durch Mitgliedsorganisationen

Ein großer Teil der Mitglieder betreibt - in Koordination mit dem BVR - eigene Lobbyaktivitäten. Über die Mitwirkung einer Vielzahl von spezialisierten und regional verankerten Unternehmen und Verbänden kann der BVR seine politischen Einflussmöglichkeiten weiter verstärken. Beispiele sind:

Verband der Sparda-Banken

Der Verband der Sparda-Banken e.V. ist ein überregional tätiger Genossenschaftsverband in der Rechtsform des eingetragenen Vereins, dem das Prüfungsrecht gesetzlich verliehen ist.^[11] Der mit der FDP und der CDU /CSU vernetzte [Verband](#) bündelt - in Zusammenarbeit und enger Abstimmung mit dem BVR sowie dem DGRV - die speziellen Interessen der Sparda-Banken gegenüber Bundestag und Bundesrat, der Bundesregierung sowie den europäischen Institutionen.^[12] Er ist Mitglied des BVR, des DGRV, des

[Wirtschaftsrat der CDU](#), des [International Bankers Forum](#) und von [FrankfurtMainFinance](#). Vorstandsvorsitzender des Sparda-Verbands ist Florian Rentsch, Mitglied der Bundesvorstands des [Wirtschaftsrat der CDU](#), 2014 bis 2017 Vorsitzender der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, 2012 bis 2014 Hessischer Minister für Wirtschaft, als solcher verantwortlich u.a. für den Finanzplatz Frankfurt sowie die Börsenaufsicht. ^[13] Jascha Hausmann, Bereichsleiter Vorstand & Öffentlichkeitsarbeit, Vorsitzender der FDP Stadtverband Bensheim, war von 2014-2017 Justiziar und persönlicher Referent des Vorsitzenden der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag. ^[14]^[15] [Markus Ferber](#), Mitglied des Europäischen Parlaments (CSU/EVP), und [Frank Schäffler](#), MdB (FDP) sind Mitglied des Zukunftsrats des Verbands der Sparda-Banken.

Joachim Würmeling, ehem. CSU-Politiker, seit 2016 Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank, war zuvor Vorstandsvorsitzender des Verbandes der Sparda-Banken. ^[16]

R+V-Versicherung

Im deutschen Lobbyregister gibt die R+V-Versicherung an, (Stand: 22.02.2023), im Jahr 2022 1.490.001 bis 1.500.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und 11 bis 20 Lobbyist:innen zu beschäftigen. ^[17] Sie ist u.a. Mitglied im [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft](#) (GVR), [Wirtschaftsrat der CDU](#), [Wirtschaftsforum der SPD](#) und im Grünen Wirtschaftsdialog. [Florian Gerster](#) Gerster (SPD), Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM). Ex-Präsident der Bundesagentur für Arbeit, ist Berater der R+V-Versicherung für betriebliche Altersvorsorge. ^[18]

Mitgliedschaften (Auswahl)

- Deutscher Raiffeisenverband (DRV)
- Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband (DGRV)
- Arbeitsgemeinschaft [Die Deutsche Kreditwirtschaft](#)
- Europäische Vereinigung der Genossenschaftsbanken (EACB)
- Internationale Vereinigung der Genossenschaftsbanken (CIB)
- Internationale Raiffeisen Union (IRU)
- [EUROFI](#)
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)
- Zentralverband des Deutschen Handwerks
- Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung
- Gemeinschaftsausschuss der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft
- [Institut der deutschen Wirtschaft](#) (IW)
- Institut für Wirtschaftsforschung ifo
- [Arbeitsgemeinschaft Mittelstand](#)
- [Kangaroo Group](#)
- [Wirtschaftsforum der SPD](#)

Quellen: EU-Transparenzregister und deutsches Lobbyregister (Stand: 03/2023)

Organe des BVR

Vorstand

Die [Mitglieder des Vorstands](#) werden durch den Verwaltungsrat gewählt. Zu ihnen gehört Daniel Quinten, Vizepräsident der [Europäischen Vereinigung der Genossenschaftsbanken](#) (EACB), 2011-2013 Leiter der Abteilung Bankenaufsichtsrecht und internationale Bankenaufsicht bei der Deutschen Bundesbank

Verbandsrat

Die bis zu 49 [Mitglieder](#) werden von der Mitgliederversammlung gewählt

Verwaltungsrat

Der Verbandsrat bildet aus seiner Mitte einen Verwaltungsrat, dem 12 [Mitglieder](#) angehören (8 Vorstandsmitglieder von Kreditgenossenschaften, 3 Vorstandsmitglieder von Prüfungsverbänden und das Vorstandsmitglied der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank)

Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung ist zuständig für alle Angelegenheiten des Verbandes, soweit sie nicht durch Gesetz oder Satzung anderen Organen übertragen sind. Am 01.01.2022 hatte der Verband 818 Mitglieder

Fallbeispiele und Kritik

Lobbyisten in Ministerien

Ein Vertreter der [DZ-Bank](#) saß stellvertretend für den BVR im Finanzministerium.

Lobbyisten im Bundesministerium der Finanzen

Zeitraum	01.06.2007 - 15.03.2009 ^[19]
Mitarbeiter	Ein/e MitarbeiterIn der DZ Bank. Vermutlich war er, wie zuvor Vertreter vom Bundesverband Deutscher Banken und Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands , für den Zentralen Kreditausschuss (Seit 2011: Deutsche Kreditwirtschaft) dort.
Bearbeitete Themen	Einsatz im Referat VII B 1

Weiterführende Informationen

- [Volksbanken: Back to Bodenständigkeit - Finanzwende, 30.04.2025](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)[Bluesky](#)[Facebook](#)[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [Unser Genossenschaftsmodell](#), bvr.de, abgerufen am 18.05.2023
2. ↑ [Leitlinien für die Vereinbarkeit des Genossenschaftswesens mit dem Kartellrecht, November 2021](#), bundeskartellamt.de, abgerufen am 16.03.2024
3. ↑ [Leitlinien für die Vereinbarkeit des Genossenschaftswesens mit dem Kartellrecht, November 2021](#), bundeskartellamt.de, abgerufen am 16.03.2024
4. ↑ [Unsere Aufgaben im Überblick](#), bvr.de, abgerufen am 18.05.2023
5. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 19.05.2023
6. ↑ [Pressemitteilung vom 22.06.022](#), abgerufen am 20.05.2023
7. ↑ [Parlamentarischer Abend Mittelstand](#), raiffeisen.de vom 21.03.2024, abgerufen am 29.03.2024
8. ↑ [Unsere europäische Interessenvertretung](#), bvr.de, abgerufen am 18.05.2023
9. ↑ [Eintrag im EU Transparenzregister](#), ec.europa.eu, abgerufen am 19.05.2023
10. ↑ [Secretariat General](#), eacb.coop, abgerufen am 22.05.2023
11. ↑ [Transparenzbericht 2022](#), sparda-verband.de, abgerufen am 11.06.2023
12. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 21.05.2023
13. ↑ [Vorstand](#), sparda-verband.de, abgerufen am 23.05.2023
14. ↑ [Profil](#), linkedin.com, abgerufen am 24.05.2023
15. ↑ [Profil](#), fdp-bensheim.de, abgerufen am 24.05.2023
16. ↑ [Präsidium](#), europa-union.de, abgerufen am 04.11.2023
17. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 28.05.2023
18. ↑ [Dr. Florian Gerster](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 28.05.2023
19. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf eine schriftliche Frage des FDP-Abgeordneten Brüderle zum Einsatz von Beschäftigten aus der Kreditwirtschaft in Bundesbehörden aus der Woche vom 04.05.2009, S. 19ff., Zugriff 19.09.2011

Bundesverband Deutscher Banken

Der **Bundesverband deutscher Banken (BdB)**, kurz auch **Bankenverband** genannt, ist ein Spitzenverband des privaten Kreditgewerbes. Der Verband vertritt über 170 private nationale und internationale Kreditinstitute, 11 Mitgliedsverbände und rund 20 außerordentliche Mitglieder (z. B. Fintechs). Die Mitgliedschaft im BdB ist eine Voraussetzung zur Beteiligung an der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken (Einlagensicherung für Privatbanken). In Brüssel ist er sowohl durch ein eigenes Lobbybüro (seit 2004) vertreten als auch über [Die Deutsche Kreditwirtschaft](#) und den Dachverband [European Banking Federation \(EBF\)](#).

Bundesverband deutscher Banken

bankerverband

Rechtsform e.V. (VR 19142, Vereinsregister Berlin)
Tätigkeitsbereich Finanzlobby
Gründungsdatum 1951
Hauptsitz Burgstraße 28, 10178 Berlin
Lobbybüro
Lobbybüro EU Rue du Commerce 31, 1000 Brüssel

2022 gab der Bankenverband insgesamt ca. 8,8 Mio. Euro für Lobbyaktivitäten aus, wovon ca. 6,4 Mio. Euro auf Deutschland und ca. 2,4 Mio. Euro auf die EU entfielen

Bundesverband deutscher Banken**Webadresse** bankenverband.de**Inhaltsverzeichnis**

1	Lobbystrategien und Einfluss	12
2	Fallstudien und Kritik	13
2.1	Initiative zur Deregulierung des europäischen Verbriefungsmarkts	13
2.2	Agieren im CumEx-Skandal	13
2.3	Ablehnung der Finanztransaktionssteuer	13
2.4	Frankfurter Erklärung	14
2.5	Lobbyisten in Ministerien	14
3	Organisationsstruktur und Personal	15
3.1	Vorstand (Stand: Februar 2022)	15
3.2	Geschäftsleitung	15
3.3	Mitgliedsverbände	16
3.4	Mitgliedsbanken	16
3.5	Verbindungen	16
4	Kurzdarstellung und Geschichte	16
5	Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	16
6	Einelnachweise	16

Lobbystrategien und Einfluss

Die Lobbystrategie des BdB lässt sich nur im Zusammenhang mit anderen Spitzenverbänden des Finanzbereichs betrachten. So wird die überwiegende Zahl der Stellungnahmen in deutschen und europäischen Rechtssetzungsprozessen gemeinsam mit den Verbänden von Sparkassen, Genossenschaftsbanken, Landesbanken und Hypothekenbanken über [Die Deutsche Kreditwirtschaft \(DK\)](#) abgegeben.^[1] Daneben lobbyieren einzelne Mitglieder des BdB, wie z. B. die Großbanken, über ihre eigenen Interessenvertretungen. Mitarbeiter des Bankenverbandes sind zudem in zahlreichen Gremien vertreten, um dort die Interessen der privaten Banken oder der Deutschen Kreditwirtschaft zu vertreten“^[2]

Im deutschen Lobbyregister gab der Bankenverband an (Stand: 29.11.2023) 2022 zwischen 6.350.001 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und 61 bis 70 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[3] In Brüssel lagen die Lobbyausgaben 2022 zwischen 2.250.000 und 2.499.999 Mio. Euro; es wurden 43 Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 15,8) beschäftigt.^[4]

Fallstudien und Kritik

Initiative zur Deregulierung des europäischen Verbriefungsmarkts

2022 Der BdB, die Associazione Bancaria Italiana (ABI), die FEDERATION BANCAIRE FRANCAISE und die Nederlandske Vereniging van Banken haben sich mit Schreiben vom 4. Mai 2022, das an den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen Florian Toncar (FDP) gerichtet ist, wie folgt zum Verbriefungsmarkt geäußert: „Wir müssen den europäischen Verbriefungsmarkt fördern, indem wir den zu konservativen und generell zu komplexen Regulierungsrahmen neu kalibrieren.“^[5] Laut der Bürgerbewegung Finanzwende tauchen die exakt gleichen Formulierungen – über vermeintlich „konservative“ und „zu komplexe“ Regeln für Verbriefungen, die „rekalibriert“ werden müssen – Monate später im Brief des deutschen und französischen Finanzministeriums vom Januar 2023 an Brüssel wieder auf. Dass „Rekalibrierung“ nichts Anderes als Deregulierung meinte zeigten die Änderungsvorschläge, die Berlin und Paris zeitnah umgesetzt sehen wollen und die ganz den Wünschen der Bankenlobby entsprechen: So soll es weniger Transparenz bei Verbriefungen geben – dabei mache Transparenz über die enthaltenen Kredite Verbriefungen sicherer. Und die sowieso schon geringen Eigenkapitalanforderungen für Verbriefungen sollen weiter reduziert werden – dabei bräuchte ein sicherer und solider Bankensektor wesentlich mehr Eigenkapital. Auch weitere Forderungen der Finanzlobby hat der deutsch-französische Vorstoß nach Angaben von Finanzwende aufgegriffen: Verbriefungen sollen demnach selbst dann als grün gelten, wenn die verbrieften Vermögenswerte überhaupt nicht nachhaltig sind – so lange nur die Erlöse nachhaltig investiert werden. Der Parlamentarische Staatssekretär Toncar (FDP) war bis 8. 12. 2021 Vorsitzender des Beirats „Finanzen“ der Lobbyorganisation [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#), deren Mitglied der BdB ist.^[6]

Agieren im CumEx-Skandal

2007 Der BdB erstellte schon 2003 ein Gesetzesentwurf, der 2007 durch Lobbytätigkeit des BdB vom BMF nahezu wörtlich übernommen wurde. CumEx wurde dadurch zwar über Inlandsbanken unmöglich, über Auslandsbanken allerdings scheinbar legal.^[7]

2020 Im August wurden die Räume des BdB in Berlin und Frankfurt auf Antrag der Staatsanwaltschaft Köln durchsucht, um Material zur Aufklärung der Rolle des BdB im Themenbereich CumEx.^[8]

Die fragwürdige Rolle des Bankenverbands im CumEx-Skandal hat die Bürgerbewegung Finanzwende in einem Offenen Brief vom 04.08.2020 beschrieben.^[9]

Ablehnung der Finanztransaktionssteuer

2010	Bankenverband: Finanzmarktsteuer hätte Krise nicht verhindert [10]
2015	Der Bankenverband, zusammen mit weiteren führenden Wirtschaftsverbände Deutschlands, hat die europäischen Finanzminister in einer gemeinsamen Pressemitteilung aufgefordert, das Projekt zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer aufzugeben. [11]
2020	Finanztransaktionssteuer – eine Belastung von Bürgern und Wirtschaft zur Unzeit [12]

Frankfurter Erklärung

2010	Ende Oktober 2010 versuchte der Bankenverband nach den internen Querelen um die Geschäftsführung wieder stärker in die Offensive zu gehen und warnte in einer Erklärung vom 25.10.2010 vor den volkswirtschaftlichen Folgen einer zu harten Regulierung. [13] Die Financial Times Deutschland beschreibt die Erklärung des Bankenverband als "argumentativdürftig" und das "übliche Lobby-Mantra", das Besondere sei nur die Art, wie der Verband Einigkeit und Stärke demonstrieren wolle. [14] Auch das Handelsblatt kritisiert, dass sich ein Teil der Vorwürfe gegen die Bundesregierung kaum halten lässt. [15] Es gehört zur Strategie der Finanzbranche, einerseits auf globaler Ebene gemeinsam gegen striktere Regulierungen vorzugehen (siehe Basel III und Institute of International Finance) und zugleich über die nationale Ebene zu versuchen, die Regierungen gegeneinander auszuspielen.
------	--

Lobbyisten in Ministerien

- Ein Vertreter der Dresdner Bank war für den Bundesverband Deutscher Banken [im Bundesministerium für Finanzen](#) tätig.

→ *weitere Informationen: [Lobbyisten im Bundesministerium der Finanzen](#) → zur Übersicht: [Lobbyisten in Ministerien](#)*

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand (Stand: Februar 2022)

Funktion	Name	weitere Funktionen
Präsident	Christian Sewing	• Deutsche Bank , Vorstandsvorsitzender
Mitglied des Präsidiums	Nick Jue	• ING-DiBa, Vorsitzender des Vorstandes
Mitglied des Präsidiums	Emmerich Müller	• Bankhaus Metzler, Mitglied des Vorstands
Mitglied	Andreas Arndt	• Deutsche Pfandbriefbank AG, Vorsitzender des Vorstands
Mitglied	Michael Diederich	• UniCredit Bank, Sprecher des Vorstands
Mitglied	Lutz Diederichs	• BNP PARIBAS, Ndl. Deutschland, CEO
Mitglied	Wolfgang Fink	• Goldman Sachs Bank Europe SE, Vorsitzender des Vorstands
Mitglied	Manfred Knof	• Commerzbank, Vorsitzender des Vorstands
Mitglied	Christian Kühn	• Joh. Berenberg, Gossler & Co. KG, Pers. haftender Gesellschafter
Mitglied	Christine Novakovic	• UBS Europe SE, CEO

Geschäftsleitung

- Heiner Kerkenhoff, Hauptgeschäftsführer (Frühere Positionen: Cheflobbyist [Commerzbank](#), in den 90er Jahren Büroleiter von Helmut Kohl)
- Hilmar Zettler, Mitglied der Geschäftsleitung, Leiter des Geschäftsbereichs "Bankenaufsicht, Einlagensicherung und Organisation"
- Kolja Gabriel, Mitglied der Geschäftsleitung, Leiterin des Geschäftsbereichs "Politik und Innovation"

Stand: (Februar 2024)

Mitgliedsverbände

Der Bankenverband hat eine föderale Struktur: ^[16] Bankenverband Baden-Württemberg e.V., Bankenverband Mitte e.V., Bankenverband Nordrhein-Westfalen e.V., Bankenverband Schleswig-Holstein e.V., Bayerischer Bankenverband e.V., Norddeutscher Bankenverband e.V., Ostdeutscher Bankenverband e.V.

Mitgliedsbanken

Als private Großbanken sind im Bundesverband deutscher Banken vertreten: [Deutsche Bank AG](#), [Commerzbank AG](#), [UniCredit Bank AG](#). Des Weiteren einige kleinere und größere private Bankhäuser, wie beispielsweise HSBC Trinkaus und Burkhardt AG oder M.M. Warburg & Co. Einen Großteil der Mitglieder stellten daneben Regionalbanken und deutsche Ableger ausländischer Banken, darunter bekannte Größen wie [ABN Amro](#), [Bank of America](#), [BNP PARIBAS](#), [Goldman Sachs](#), [JP Morgan](#), und [UBS](#).^[17]

Verbindungen

Der Bankenverband ist Mitglied in 24 weiteren nationalen und internationalen Verbänden und Lobbyorganisationen, u.a.:

- Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen
- Die Deutsche Kreditwirtschaft
- Institut Finanzen und Steuern
- Wirtschaftsrat der CDU e.V.
- Wirtschaftsforum der SPD
- Gemeinschaftsausschuss der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft
- European Banking Federation
- International Banking Federation
- Institute of International Finance

Kurzdarstellung und Geschichte

Der Bundesverband deutscher Banken wurde 1951 in Köln, in der Nachfolge des *Centralverbandes des deutschen Bank und Bankiergewerbes*, gegründet. Im Frühjahr 1999 wurde der Sitz des Verbandes von Köln nach Berlin verlegt. Seit 2004 verfügt der BdB auch über eine Repräsentanz in Brüssel.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)[Bluesky](#)[Facebook](#)[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ Jahresbericht 2022 zur Delegiertenversammlung April 2023, [lobbyregister.de](#), abgerufen am 05.02.2024
2. ↑ Zusammenarbeit mit anderen, Webseite des Bankenverbands abgerufen am 18.5.2022

3. ↑ [Bundesverband Deutscher Banken](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 05.02.2024
4. ↑ [Bundesverband Deutscher Banken](#), ec.europa.eu, abgerufen am 05.02.2024
5. ↑ [Christian Lindner und der nächste Coup der Bankenlobby](#), finanzwende.de vom 18.04.2023, abgerufen am 23.04.2023
6. ↑ [Biografien](#), bundestag.de, abgerufen am 24.04.2023
7. ↑ [Wie sich die Bankenlobby ein Gesetz zum großangelegten Steuerraub schrieb](#) abgeordnetenwatch.de 13.01.2020, abgerufen am 18.05.2022
8. ↑ [Cum-EX Razzia beim Bankenverband](#), Süddeutsche Zeitung vom 04.08.2022, abgerufen am 18.05.2022
9. ↑ [Offener Brief an den Bundesverband deutscher Banken \(BdB\) zu CumExFinanzwende](#) 04.08.2020. abgerufen am 18.05.2022
10. ↑ [Finanzmarktsteuer hätte Krise nicht verhindert](#) Deutschlandfunkkultur 19.05.2010, abgerufen am 18.05.2022
11. ↑ [Verbände: Finanztransaktionssteuer stoppen!](#) Pressemitteilung des DIHK vom 08.12.2015, abgerufen am 16.06.2016
12. ↑ [Finanztransaktionssteuer – eine Belastung von Bürgern und Wirtschaft zur Unzeit](#), Webseite des Bankenverbands 29.05.2020, abgerufen am 18.05.2022
13. ↑ [Pressemitteilung](#) Webseite Bankenverband vom 25.10.2010, archiviert am 27.11.2010, abgerufen am 16.06.2016
14. ↑ [Bankenverband drängelt sich wieder nach vorne](#), Financial Times Deutschland vom 26.10.2010, archiviert am 28.10.2010, abgerufen am 16.06.2016
15. ↑ [Banker greifen Regierung scharf an](#), Handelsblatt Online vom 26.10.2010, abgerufen am 16.06.2016
16. ↑ [Mitgliedsverbände](#), Webseite Bankenverband, abgerufen am 25.02.2022
17. ↑ [Mitglieder](#) Webseite Bankenverband, abgerufen am 25.02.2022

Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands

Der **Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB)** ist der Spitzenverband der von der öffentlichen Hand getragenen Banken in Deutschland. Er vertritt die Interessen von 62 Mitgliedsinstituten, die sich hauptsächlich aus Landesbanken und bundes- oder landeseigenen Förderbanken zusammensetzen.

Lobbyisten in Ministerien



- [Überblick A-Z](#)
- [Problembeschreibung](#)

Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB)

Rechtsform e.V. (VR 19841, Vereinsregister Berlin)
Tätigkeitsbereich Finanzlobby
Gründungsdatum
Hauptsitz
Lobbybüro
Lobbybüro EU Avenue de la Joyeuse Entrée 1-5, 1040 Brüssel
Webadresse www.voeb.de

Inhaltsverzeichnis

1 Organisationsstruktur	18
1.1 Mitgliedschaft	18

2 Verbindungen und Kooperationen	18
3 Fallbeispiele und Kritik	18
3.1 Lobbyisten in Ministerien	18
4 Weiterführende Informationen	19
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	19
6 Einelnachweise	19

Organisationsstruktur

Mitgliedschaft

Neben ordentlichen Mitgliedern, die nicht gleichzeitig ordentliche Mitglieder eines kreditwirtschaftlichen Verbandes privatrechtlicher Kreditinstitute sein sollen, hat der VÖB auch eine Reihe außerordentlicher Mitglieder. Dazu zählen verschiedene Landesbausparkassen, die Börse Stuttgart, die Postbank und die Kreditanstalt für Wiederaufbau^[1].

Verbindungen und Kooperationen

Der VÖB arbeitet

- mit dem Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken,
- dem Bundesverband Deutscher Banken,
- dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband,
- und dem Verband deutscher Pfandbriefbanken

im Spitzenverband Deutsche Kreditwirtschaft (ZK) zusammen.

Das Büro in Brüssel vertritt die Interessen des VÖB gegenüber europäischen Institutionen. Der Verband ist Mitglied des Europäischen Verbandes Öffentlicher Banken (European Association of Public Banks, EAPB), Brüssel.

Fallbeispiele und Kritik

Lobbyisten in Ministerien

Der VÖB war an der Erstellung einiger Gesetze und Verordnungen des Finanzministeriums beteiligt, sowie durch einen Mitarbeiter im Verkehrsministerium vertreten.

Lobbyisten im Bundesministerium der Finanzen

Zeitraum	01.04.2005 - 31.03.2007 ^[2]
Mitarbeiter	Mitarbeiter der HSH Nordbank als Vertreter des Zentralen Kreditausschusses ^[3] (Seit 2011: Deutsche Kreditwirtschaft)
	Einsatz im Referat VII B 3 ^[2] ; Mitarbeit an folgenden Rechtsetzungsakten: -Gesetz zur Umsetzung der neu gefassten Bankenrichtlinie und der neu gefassten

Bearbeitete Themen	Kapitaladäquanzlinie vom 17.11.2006; -Verordnung über die angemessene Eigenmittelauslegung von Instituten, Institutsgruppen und Finanzholding-Gruppen (Solvabilitätsverordnung) vom 14.12.2006; -Verordnung über die Erfassung, Bemessung, Gewichtung und Anzeige von Krediten im Bereich der Großkredit- und Millionenkreditvorschriften des Kreditwesengesetzes (Groß- und Millionenkreditverordnung) vom 14.12.2006; -Verordnung über die Liquidität der Institute (Liquiditätsverordnung) vom 14.12.2006
---------------------------	---

Lobbyisten im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Zeitraum	Unbekannte Einsatzdauer zwischen 2002 und November 2006, mindestens im November 2006 ^{[3][4]}
Mitarbeiter	k.A.
Bearbeitete Themen	Mitarbeit in der Taskforce "Public Private Partnership", fachspezifische Fragen der öffentlich-privaten Zusammenarbeit

Weiterführende Informationen

Laut den freiwilligen Angaben im [Lobbyregister](#) der EU, hat der VÖB im Geschäftsjahr 2007 zwischen 700.000 € und 750.000 € in direkte Lobbyarbeit bei den EU-Organen investiert.^[5]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)
[Bluesky](#)
[Facebook](#)
[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [\[1\]](#), voeb.de, abgerufen am 20.07.2010
2. ↑ [2,02,1](#) Antwort der Bundesregierung (pdf) auf eine schriftliche Frage des FDP-Abgeordneten Brüderle zum Einsatz von Beschäftigten aus der Kreditwirtschaft in Bundesbehörden aus der Woche vom 04.05.2009, S. 19ff., Zugriff 19.09.2011
3. ↑ [3,03,1](#) Antwort der Bundesregierung (pdf) auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion zu "Monitor' - Bericht über eine neue Art von Lobbyismus in Bundesministerien" vom 13.11.2006, letzter Zugriff 09.09.2011
4. ↑ Antwort der Bundesregierung (pdf) auf kleine Anfrage der Grünen-Fraktion zu "Mitarbeit von Beschäftigten von Verbänden und Wirtschaftsunternehmen in Bundesministerien und in nachgeordneten Bundesbehörden" vom 04.12.2006, letzter Zugriff 09.09.2011
5. ↑ [EU-Lobbyregister](#), Stand: 24.08.2010

Deutscher Sparkassen- und Giroverband

Der **Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV)** ist einer der einflussreichsten Lobbyorganisationen der Finanzwirtschaft.^[1] Er vertritt die Interessen der 357 Sparkassen, der Landesbanken-Konzerne und der DekaBank sowie von acht Landesbausparkassen, neun Erstversicherergruppen der Sparkassen und zahlreichen weiteren Finanzdienstleistungsunternehmen.^[2]

Der DSGV organisiert die Willensbildung innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe und ihre markt- und betriebsstrategische Ausrichtung. Ziel ist es, sowohl die Interessen der Sparerinnen und Sparer in Deutschland sowie der Kundinnen und Kunden der Sparkassen-Finanzgruppe als auch die Interessen der Sparkassen und Landesbanken sowie aller Verbundunternehmen der Sparkassen-Finanzgruppe gegenüber Politik, Aufsichtsbehörden und internationalen Institutionen zu vertreten.^[3] Der Verband vertritt darüber hinaus die Sparkassen-Finanzgruppe in den internationalen Sparkassengremien, z. B. in der [Europäischen Sparkassenvereinigung](#) in Brüssel und beim Weltinstitut der Sparkassen.^[4] Sparkassen sind in der Regel öffentlich-rechtliche Kreditinstitute, die sich in kommunaler Trägerschaft (Stadt oder Landkreis) befinden.

Die Sparkassen-Finanzgruppe gründete im Jahr 1992 die [Deutsche Sparkassenstiftung für internationale Kooperation](#), die Finanzinstitute unterstützt, die die wirtschaftliche und soziale Entwicklung nachhaltig auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene durch bedarfsgerechtes Bankgeschäft fördern.

Nach Auffassung von Kritikern entsteht der Eindruck, dass es den Sparkassenfunktionären, die sich regelmäßig zu „obersten Sparerschützern“ aufschwingen, in den vergangenen Jahren weniger um die Kunden als vielmehr um die eigene Gewinn- und Verlustrechnung ging.^[5]

Deutscher Sparkassen- und Giroverband

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Dachverband der Sparkassen-Finanzgruppe
Gründungsdatum	1924/1953
Hauptsitz	Charlottenstr. 47, 10117 Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Avenue des Nerviens 9 - 31, Brüssel
Webadresse	dsgv.de

Inhaltsverzeichnis	
1 Sparkassen	21
2 Landesbanken	21
3 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	22
3.1 Vernetzung von Sparkassen und Politik	22
3.2 Interessenvertretung in Deutschland	23
3.3 Interessenvertretung in Brüssel	23
3.4 Seitenwechsel	24
4 Mitgliedschaften (Auswahl)	24
5 Fallbeispiele	25
5.1 Mitwirkung beim CumEx-Steuerraub	25
6 Organe	25
6.1 Vorstand	25
6.2 Mitgliederversammlung	25
7 Weiterführende Informationen	26
8 Einelnachweise	26

Sparkassen

Die Sparkassen üben die Geschäftstätigkeit auf der Grundlage eines öffentlichen Auftrags und des Gemeinnützigkeitsprinzips aus.^[6] Danach sollen sie das Geschäftsgebiet mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen versorgen, Sparen und allgemeine Vermögensbildung fördern und für die Bevölkerung und die mittelständische Wirtschaft Dienstleistungen erbringen. Sie betreiben als Universalkreditinstitute alle üblichen Bankgeschäfte mit privaten Haushalten, Unternehmen sowie Kommunen und institutionellen Kunden. Träger sind die deutschen Städte, Gemeinden und Landkreise. Am 1. April 2023 gab es 357 Institute, rund 12.000 Geschäftsstellen und rund 200.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.^[7] Die Tätigkeit und Organisationsstruktur der Sparkassen ist in den Sparkassengesetzen der Länder - Beispiel: [Sparkassengesetz NRW](#) - festgelegt, die eine Satzung verlangen, in der weitere Einzelheiten geregelt sind. In den Sparkassengesetzen ist insbesondere die Zusammensetzung des Verwaltungsrates festgeschrieben. Die unzureichenden Fachkenntnisse der Verwaltungsratsmitglieder werden immer wieder kritisiert, u.a. von der Europäischen Zentralbank (EZB), deren Sprecherin 2017 in diesem Zusammenhang forderte: „Die Mitglieder der Leitungsorgane einer Bank müssen ausreichende Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrung für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben besitzen“.^[8] 2023 hat die Sparkassenlobby verhindert, dass in der novellierten Fassung des Sparkassengesetzes des Landes Schleswig-Holstein ein Sachkundenachweis für Verwaltungsräte gefordert wurde.^{[9][10]}

Nach eigenen Angaben engagieren sich die Sparkassen bundesweit für die wirtschaftliche Entwicklung und das Gemeinwohl vor Ort.^[11] In einer Studie kommt der Finanzwissenschaftler Ralf Jasny jedoch zum Ergebnis, dass eine Vielzahl von Sparkassen ihrem öffentlichen Auftrag nicht gerecht werden und teilweise sehr hohe Summen am Kapitalmarkt anlegen, statt die örtliche Bevölkerung mit Geld- und Kreditleistungen zu versorgen.^[12] Die Süddeutsche Zeitung geht der Frage nach, warum die gemeinwohlorientierten Sparkassen in Zeiten hoher Gewinne ihre Kunden mit niedrigen Zinsen abspeisen.^[13] Gerhard Schick, Vorstand des Vereins Finanzwende, hält insbesondere die starke Stellung des Sparkassensektors im Zertifikatemarkt für problematisch.^[14]

Landesbanken

Die Landesbanken sind die regionalen Spitzeninstitute innerhalb der Sparkassenorganisation. Sie betreiben alle Bankgeschäfte und fungieren darüber hinaus als zentrale Verrechnungsstelle für den bargeldlosen Zahlungsverkehr.^[15] Über die Landesbanken hat die Sparkassenorganisation besondere Beziehungen zum [Finanzausschuss des Bundesrats](#), dessen Aufgabenbereich sich weitgehend mit den Zuständigkeiten des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) deckt.^[16] Laut „Finanzwende“ sitzen die Länder-Finanzminister*innen im Finanzausschuss des Bundesrats teils mit mehreren Hüten: Von Amts wegen sind sie Vorsitzende, stellvertretende Vorsitzende oder in Kontrollgremien der Landesbanken; gleichzeitig gestalten sie im Bundesrat Finanzpolitik mit.^[17] Sechs der 16 Mitglieder des Finanzausschusses seien bei Themen, die „ihre“ Banken betreffen, in Doppelrollen (Stand: 10/2024).

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Vernetzung von Sparkassen und Politik

Bei ihrer Lobbytätigkeit kommt den Sparkassen und ihren Verbänden ihre regionale Verankerung zugute. So spielen sie als größter nichtstaatlicher Förderer von Kunst, Kultur und Sport in Deutschland eine wichtige Rolle in der Kommunal- und Landespolitik.^[18] Ihr Stiftungskapital hat 2022 ein Volumen von 2,83 Mrd. Euro erreicht. Einzigartige Einflussmöglichkeiten bietet die Repräsentanz von Politikern in den Verwaltungsräten der Sparkassen, die ein Lobbyist gegenüber der FINANZWENDE wie folgt beschreibt: „Den Parlamentariern ist durchaus bewusst, dass auch Landräte und Bürgermeister der eigenen Partei in den Verwaltungsräten der Sparkassen sitzen. Wenn die Sparkassen nun ein Problem haben, kann es passieren, dass sie nicht nur vom Verband, sondern auch von den eigenen Leuten angesprochen werden. Das hat dann einen Kaskadeneffekt. Von den Grünen bis zu den Konservativen: Im Europaparlament und im Bundestag wollen alle an der Seite der Sparkassen stehen.“^[19]

Der Verwaltungsrat berät den Vorstand einer Sparkasse und überwacht dessen Geschäftsführung.^[20] Damit nimmt er auch Einfluss auf grundsätzliche Fragen der Geschäftsausrichtung und der beabsichtigten Geschäftspolitik einer Sparkasse. Der Verwaltungsrat ist in der Regel zu einem Drittel aus Arbeitnehmern und zu zwei Dritteln mit Mitgliedern aus der Politik besetzt, die vom Gemeinderat, der Stadtverordnetenversammlung oder dem Kreistag gewählt werden.^[21] Nach einer Recherche der „Welt am Sonntag“ aus dem Jahr 2018 unter den 20 größten Sparkassen in freier Trägerschaft und den Parteimitgliedschaften der gewählten Verwaltungsräte gehörten 43 % der Kontrolleure der CDU/CSU an, 34 % der SPD und knapp 10 % den Grünen.^[22] Über den Verwaltungsrat erhält das Sparkassenmanagement einen privilegierten Zugang zu Politikern, was die Lobbyarbeit erleichtert. Die Europäische Zentralbank (EZB) und die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) befürchten einen Interessenkonflikt, wenn ein Mitglied im Aufsichtsorgan zugleich eine Position mit hohem politischen Einfluss bekleidet.^[23] Die EZB hat auch Indizien dafür gefunden, dass Sparkassen versuchen, sich die Politik gefügig zu machen.^[24] Sie konnte nachweisen, dass die Sparkassen ihrem jeweiligen Bundesland plötzlich mehr Geld leihen, sobald dort die politische Macht wechselt. Die unzulängliche Aufsicht durch den Verwaltungsrat illustriert der Finanzwissenschaftler Ralf Jasny wie folgt: "Eine kleine Sparkasse in Sachsen hat zum Beispiel im Jahr 2020 mit Aktien und Aktienderivaten innerhalb eines Jahres über 47 Millionen Euro verspekuliert. Das entspricht rund 500 Euro pro Einwohner im Einzugsgebiet. Hierzu nimmt kein Sparkassenfunktionär Stellung. Der örtliche Landrat – immerhin als Verwaltungsratsvorsitzender für die Geschäftspolitik der Sparkasse und deren Überwachung verantwortlich – sagte dazu in der Lokalzeitung lediglich: „Bankgeschäft wird nie risikilos sein.“^[25]

Der Posten des DSGV-Präsidenten gilt als Erbhof der Union.^{[26][27]} Über ihr Spendenwesen seien die öffentlich-rechtlichen Institute tief verankert in den Städten, Gemeinden und Landkreisen, in denen CDU/CSU eine starke Stellung haben.

Besonders ausgeprägt sind die Verflechtungen mit der CSU. So war der CSU-Politiker Georg Fahrenschon von 2011 bis 2017 Präsident des DSGV (frühere Positionen: Bayerischer Staatsminister der Finanzen, Mitglied des Bayerischen Landtags und des Deutschen Bundestags, Stellv. Vorsitzender des CSU-Kreisverbandes München-Land). Der designierte DSGV-Präsident und langjährige CSU-Politiker Ulrich Reuter war von 2002 bis 2020 Landrat des Landkreises Aschaffenburg und in dieser Funktion alternierend Vorsitzender bzw. Stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrats der Sparkasse Aschaffenburg-Alzenau.

Seit 2021 ist er Präsident des Sparkassenverbandes Bayern. [\[28\]](#) Weiterhin sitzt er im Vorstand des [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), dem einflussreichen Interessenverband CSU-naher bayerischer Unternehmen. Der EU-Parlamentarier [Markus Ferber](#) (CSU/EVP), Mitglied des Europäischen Parlaments und Koordinator der EVP-Fraktion im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON), sitzt im Verwaltungsrats der Kreissparkasse Augsburg und war Mitglied im Beirat für sparkassenpolitische Grundsatzfragen im Sparkassenverband Bayern. Ulrich Lange, Mitglied im Parteivorstand der CSU und Stellv. Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ist Mitglied des Verwaltungsrats und des Zweckverbands der Sparkasse Dillingen-Nördlingen sowie Vorstandsmitglied der Lobbyorganisation [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#). [\[29\]](#)[\[30\]](#)

Interessenvertretung in Deutschland

Im Rahmen der Lobbyarbeit steht der DSGV im Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Medien, Wirtschaft und Politik. Regelmäßig kommentieren führende Expertinnen und Experten aus der Sparkassen-Finanzgruppe in Stellungnahmen, Diskussionsrunden und ähnlichen dem Austausch dienenden Formaten Fragen der konjunkturellen Entwicklung sowie der Finanz-, Verbraucher- und Wirtschaftspolitik. [\[31\]](#)

Im deutschen Lobbyregister gibt der Verband an, (Stand: 21.04.2023):

- im Jahr 2021 5.500.001 bis 5.510.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und
- 121 bis 130 Lobbyist:innen zu beschäftigen ([zum Registereintrag](#)).

Der DSGV ist Mitglied der [Deutschen Kreditwirtschaft](#), der Interessenvertretung der kreditwirtschaftlichen Spitzenverbände. Diese besteht aus dem [Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken](#) (BVR), dem [Bundesverband Deutscher Banken](#), dem [Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands](#), dem Verband deutscher Pfandbriefbanken und dem DSGV. Er gehört weiterhin zu den Mitgliedern der [Arbeitsgemeinschaft Mittelstand](#), die Parlamentarische Abende veranstaltet. [\[32\]](#)

Interessenvertretung in Brüssel

Im EU Transparenzregister beschreibt der DSGV seine Tätigkeit wie folgt: Entwicklung von Stellungnahmen für bedeutsame Regulierungsvorhaben und Einbringung gegenüber Entscheidungsträgern. Im EU Transparenzregister gibt der DSGV an, für das Jahr 2022 (Stand: 02.06.2023):

- 1.750.000 bis 1.999.999 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und
- acht Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 11,4) zu beschäftigen ([zum Registereintrag](#)).

Laut EU Transparenzregister hatte der DSGV Von 2015 - 05/2023 insgesamt 52 Treffen mit Vertretern der EU Kommission. Ein Parlamentarischer Abend des DSGV wird jährlich im Brüsseler "Concert Noble" organisiert. [\[33\]](#) Grenzüberschreitend kooperiert der DSGV mit der Europäischen Sparkassenvereinigung (ESV)/[The European Savings and Retail Banking Group](#) (ESBG) und dem Weltinstitut der Sparkassen (WIS)/[The World Savings and Retail Banking Institute](#) (WSBI). Während in der ESV die Sparkassenorganisationen aus 15 EU-Mitgliedsstaaten und zwei weiteren europäischen Ländern vertreten sind, ermöglicht das WIS den Erfahrungsaustausch zwischen den Sparkassenorganisationen auf globaler Ebene. Seit 1994 sind ESV und WIS durch eine gemeinsame Geschäftsstelle in Brüssel miteinander verbunden. [\[34\]](#)

Leiter der Abteilung Europaangelegenheiten ist Jiří Zapletal (Frühere Positionen: Leiter der Vertretung des Freistaats Sachsen bei der EU, Policy Officer und stellvertretender Referatsleiter bei der EU-Kommission (DG FISMA) sowie stellvertretender Referatsleiter (Finanzattaché) an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU.^[35]

Seitenwechsel

Der DSGV, der mit der Union bestens vernetzt ist, hat auch ehemalige SPD-Politiker in seine Lobbyarbeit eingebunden. Beispiele sind:

Peter Simon. Der ehemalige Abgeordnete des Europäischen Parlaments, Peter Simon, wurde im Februar 2020 Bevollmächtigter des DSGV bei der Europäischen Union.^[36] Er war von 2009 bis 2019 Europa-Abgeordneter der SPD und als Mitglied der S&D-Fraktion stellvertretender Vorsitzender des Wirtschafts- und Währungsausschusses (ECON) sowie Berichterstatter im ECON-Ausschuss für die Überarbeitung der Eigenkapitalrichtlinie und -verordnung (CRD V / CRD II) und die Richtlinie zum Einlagensicherungssystem (DGS).^[37] Im Januar 2021 wechselte er als Geschäftsführer zur Europäischen Sparkassenvereinigung (ESNG) /Weltinstitut der Sparkassen (WSBI), die mit dem DSGV kooperieren.^[38]

Friedrich Paulsen. Paulsen wechselte 2016 vom Leiter des Büros des SPD-Abgeordneten Bernhard Daldrup zum DSGV als Abteilungsdirektor Politische Kommunikation. Seit 07/2024 leitet der die Stabsstelle Politik & Regierungsbeziehungen.^[39]

Mitgliedschaften (Auswahl)

- [Die Deutsche Kreditwirtschaft \(DK\)](#)
- [Arbeitsgemeinschaft Mittelstand](#)
- [Deutsches Aktieninstitut](#)
- [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Wirtschaftsforum der SPD](#)
- [Zentralverband des Deutschen Handwerks](#)
- [Gemeinschaftsausschuss der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft](#)
- [Europäische Sparkassenvereinigung \(ESV\)/The European Savings and Retail Banking Group \(ESBG\)](#)
- [Weltinstitut der Sparkassen \(WIS\)/The World Savings and Retail Banking Institute \(WSBI\)](#)
- [European Policy Centre \(EPC\)](#)
- [Eurofi](#)
- [Kangaroo Group](#)

Quellen: [\[40\]](#)[\[41\]](#)

Die folgenden Landesbanken sind Mitglied im [Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands](#): BayernLB, Landesbank Baden-Württemberg, Landesbank Hessen-Thüringen, NORD/LB Norddeutsche Landesbank Girozentrale, SaarLB sowie die Landesbank/Berliner Sparkasse, die als regionale Universalbank mit öffentlichem Auftrag agiert.^[42]

Fallbeispiele

Mitwirkung beim CumEx-Steuerraub

Nach Recherchen von „Finanzwende“ haben die DekaBank und mehrere Landesbanken beim CumEx-Steuerraub mitgewirkt, bei dem ein Netzwerk aus Banker*innen, Berater*innen und Superreichen jahrelang Aktien im Kreis handelte und sich einmal gezahlte Steuern mehrfach erstatten ließ.^[43] So sei ein Mitarbeiter des DSGV über geplante Gesetze im Finanzministerium stets bestens informiert gewesen und habe für 1.000 Euro im Monat seine Infos an den Anwalt Hanno Berger, einen der Haupt-Strippenzieher und Profiteure von CumEx, weitergegeben. Berger habe dadurch Zeit gehabt, die kommende Gesetzesänderung zu analysieren und nach den eigenen Vorstellungen zu beeinflussen. Später habe der DSGV den früheren Finanzrichter Arnold Radmackers als eine Art Doppelagenten im Finanzministerium ko-finanziert, mit dessen Infos die Branche immer wieder Ausweichstrategien entwickeln konnte.

Organe

Vorstand

Der Vorstand besteht neben dem Präsidenten aus mindestens zwei weiteren Mitgliedern. Der Präsident ist zugleich Vorsitzender des Vorstands. Mitglieder des Vorstands sind:

- Helmut Schleweis (Präsident)
 - Vorsitzender des Verwaltungsrats der DekaBank Deutsche Girozentrale
 - Mitglied des Vorstands des [Bundesverbandes Öffentlicher Banken](#)
 - Mitglied des Verwaltungsrats der KfW-Bankengruppe
 - Mitglied des Aufsichtsrats der Deutschen Sparkassen Leasing AG & Co. KG
- Thomas Mang, Präsident des Sparkassenverbandes Niedersachsen
- Stephan Winkelmeier (Vizepräsident), Vorsitzender des Vorstandes der Bayerischen Landesbank
- Walter Stromeier (Vizepräsident), Vorsitzender des Vorstandes der Sparkasse Niederbayern-Mitte
- Markus Lewe (Vizepräsident), CDU-Politiker, Oberbürgermeister der Stadt Münster und Präsident des Deutschen Städtetages

Geschäftsführende Vorstandsmitglieder sind

- Karolin Schriever (zuständig für Wirtschaft, Politik und Bankensteuerung)
- Joachim Schmalzl (zuständig für die Geschäfts- und Digitalisierungsstrategie)

(Stand: 05/2023)

Mitgliederversammlung

Die Aufnahme als ordentliche Mitglieder können die für die deutschen Länder oder Landesteile gebildeten rechtsfähigen Sparkassen- und Giroverbände sowie die Girozentralen beim Gesamtvorstand des Verbandes beantragen (§ 3 der Satzung des Verbandes). Als außerordentliche Mitglieder können dem Verband beitreten: Verbände gemeinnütziger Sparkassen und öffentlich-rechtliche Kreditanstalten, öffentlich-

rechtliche Verbände sonstiger Art, Anstalten des öffentlichen Rechts, Landesbausparkassen und sonstige Unternehmen, deren Geschäftsanteile ausschließlich durch Mitglieder der Sparkassenorganisationen gehalten werden, Unternehmen der Sparkassenorganisationen auf Bundesebene. Die Mitgliederversammlung besteht aus den ordentlichen und außerordentlichen Mitgliedern, den Ehrenmitgliedern sowie den kommunalen Spitzenverbänden. Die Mitgliederversammlung ist u.a. für die Wahl des Präsidenten zuständig.

Weiterführende Informationen

- [Die Lobbymacht der Sparkassen, Finanzwende Oktober 2024](#)

Einelnachweise

1. ↑ [Die Lobbymacht der Sparkassen, Finanzwende Oktober 2024](#), finanzwende.de, abgerufen am 14.11.2024
2. ↑ [Aufgaben und Organisation](#), dsgv.de, abgerufen am 23.05.2023
3. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 23.05.2023
4. ↑ [Deutscher Sparkassen- und Giroverband](#), service.bund.de, abgerufen am 25.05.2023
5. ↑ [Oberste Sparerschützer? Von wegen](#), sueddeutsche.de vom 13.03.2024, abgerufen am 14.03.2024
6. ↑ [Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutshen Bundestags: Gemeinwohlorientierung von Sparkassen](#), bundestag.de, abgerufen am 13.03.2024
7. ↑ [Sparkassen](#), dsgv.de, abgerufen am 04.06.2021
8. ↑ [EU kritisiert Politiker in Verwaltungsräten von Banken](#), nw.de vom 02.06.2017, abgerufen am 04.06.2023
9. ↑ [Sachkunde in Verwaltungsräten: Schwarz-Grün in Kiel knickt vor Sparkassenlobby ein](#), finanzbusiness.de vom 11.05.2023, abgerufen am 04.06.20023
10. ↑ [Medieninformation](#), sgvsh.de vom 26.04.2023, abgerufen am 04.06.2023
11. ↑ [Sparkassen](#), dsgv.de, abgerufen am 04.06.2021
12. ↑ [Was die Sparkassen mit ihren Kundengeldern machen](#), idw-online.de vom 11.07.2022, abgerufen am 04.06.2023
13. ↑ [Niedrige Zinsen für die Kunden - hohe Gewinne für die Banken](#), sueddeutsche.de vom 12.03.2024, abgerufen am 13.03.2024
14. ↑ [Vielen Zertifikate-Käufern drohen Verluste](#), stuttgarter-nachrichten.de vom 07.04.2020, abgerufen am 13.04.2024
15. ↑ [Landesbanken](#), dsgv.de, abgerufen am 14.11.2024
16. ↑ [Finanzausschuss des Bundesrats](#), bundesrat.de, abgerufen am 14.10.2024
17. ↑ [Die Lobbymacht der Sparkassen Oktober 2024](#), finanzwende.de, abgerufen am 14.11.2024
18. ↑ [Sparkassen-Finanzgruppe: Gemeinwohlorientiertes Engagement auf rund 400 Millionen Euro gestiegen](#), dsgv.de vom 25.05.2023, abgerufen am 30.05.2023
19. ↑ [Auf Kosten der Verbraucher*innen - Provisionsvertrieb bei Finanzprodukten](#), 09.12.2022, finanzwende.de, abgerufen am 05.06.2023
20. ↑ [Was macht eigentlich der Verwaltungsrat einer Sparkasse?](#), svn.sparkasse.de vom 07.10.2021, abgerufen am 30.05.2023
21. ↑ [CDU und CSU haben großen Einfluss auf die Sparkassen](#), welt.de vom 17.06.2018, abgerufen am 30.05.2023
22. ↑ [CDU und CSU haben großen Einfluss auf die Sparkassen](#), welt.de vom 17.06.2018, abgerufen am 30.05.2023

23. ↑ [EU kritisiert Politiker in Verwaltungsräten von Banken](#), nw.de vom 02.06.2017, abgerufen am 04.06.2023
24. ↑ [Allzu große Nähe](#), sueddeutsche.de vom 14.01.2018, abgerufen am 23.05.2023
25. ↑ [Das Risiko bei den Sparkassen verschwindet nicht, wenn man die Augenverschließt](#), focus.de vom 22.07.2022, abgerufen am 04.06.2023
26. ↑ [Früherer Landrat wird neuer Sparkassen-Präsident](#), sueddeutsche.de vom 16.01.2023, abgerufen am 30.03.2023
27. ↑ [Schleweis-Nachfolge - Konfusion im „schwarzen Kanal“](#), platow.de vom 06.01.2023
28. ↑ [Prof. Dr. Ulrich Reuter zum neuen DSGV-Präsidenten gewählt](#), dsgv.de vom 06.03.2023, abgerufen am 30.05.2023
29. ↑ [Biografie](#), bundestag.de, abgerufen am 01.06.2023
30. ↑ [Wahl des neuen Verwaltungsrates](#), landkreis-dillingen.de vom 21.07.2020, abgerufen am 01.06.2023
31. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 23.05.2023
32. ↑ [Parlamentarischer Abend Mittelstand](#), raiffeisen.de vom 21.03.2024, abgerufen am 29.03.2024
33. ↑ [Sparkassen und Europa gehören zusammen](#), sparkassetogo.de, abgerufen am 26.05.2023
34. ↑ [Sparkassen International](#), dsgv.de, abgerufen am 26.05.2023
35. ↑ [\[https://www.dsgv.de/newsroom/presse/240715_PM_Interessenvertretung_40.html\]](https://www.dsgv.de/newsroom/presse/240715_PM_Interessenvertretung_40.html) Pressemitteilung vom 16.07.2024, abgerufen am 17.11.2024
36. ↑ [Peter Simon ist Bevollmächtigter des DSGV bei der Europäischen Union](#), dsgv.de vom 12.02.2020, abgerufen am 16.11.2024
37. ↑ [Peter Simon](#), linkedin.ccom, abgerufen am 16.11.2024
38. ↑ [Our Team](#), wsbi-esbg.org, abgerufen am 16.11.2024
39. ↑ [Paulsen leitet Politk & Regierungsbeziehungen beim DSGV](#), politik-kommuniation.de vom 12.08.2024, abgerufen am 16.11.2024
40. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 23.05.2023
41. ↑ [EU-Transparenz-Register](#), ec.europa.eu, abgerufen am 03.06.2023
42. ↑ [Mitglieder](#), voeb.de, abgerufen am 14.11.2024
43. ↑ [Die Lobbymacht der Sparkassen, Finanzwende Oktober 2024](#), finanzwende.de, abgerufen am 14.11.2024

Markus Ferber

Der CSU-Politiker **Markus Ferber** (*15. Januar 1965 in Augsburg), Vorsitzender der [Hanns-Seidel-Stiftung](#), ist Mitglied des Europäischen Parlaments ([CSU/EVP](#)) und dort als Co-Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) sowie Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) sowie Stellv. Vorsitzender im Unterausschuss für Steuerfragen ein einflussreicher Wirtschafts- und Finanzpolitiker. Er ist weiterhin in den folgenden wirtschaftsnahen Organisationen aktiv: [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) (Ständiger Gast im Präsidium), [European Parliamentary Financial Services Forum](#), Kangaroo Group (Vorsitzender der Working Group on Financial Services).

Die NGO "Finanzwende" bezeichnet Ferber in einer Analyse als den langen Arm der Finanzlobby ins Europaparlament^[1]. Immer wieder agiere er zugunsten der Finanzbranche und zulasten von Verbraucher- und Klimaschutz sowie der Stabilität des Finanzsystems.

Inhaltsverzeichnis

1 Entgeltliche Nebentätigkeiten	28
2 Fallbeispiele	28
2.1 2024: Aufdeckung eines Interessenkonflikts von Markus Ferber	28
2.2 2022: Ablehnung eines Provisionsverbot für Finanzprodukte	28
2.3 2011: Copy und Paste im Europaparlament	29
3 Karriere	29
4 Europäisches Parlament	29
5 Nebentätigkeiten/Netzwerke	30
6 Zitate	30
7 Weiterführende Informationen	30
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	30
9 Einelnachweise	30

Entgeltliche Nebentätigkeiten

Ferber übt eine Vielzahl von Nebentätigkeiten, die zum Teil vergütet werden. Hierzu gehören:

- Hanns-Seidel-Stiftung, Vorsitzender (2.500 Euro monatlich)
- [Deutsche Vermögensberatung](#), Mitglied im Beirat (20.000 Euro jährlich)
- Kreissparkasse Augsburg, Mitglied des Verwaltungsrats (600 Euro monatlich)
- Sparda Zukunftsrat, Mitglied (2000 Euro pro teilgenommener Sitzung)
- Beirat für sparkassenpolitische Grundsatzfragen, Mitglied (2.500 Euro jährlich)

Quelle: [\[2\]](#)

Fallbeispiele

2024: Aufdeckung eines Interessenkonflikts von Markus Ferber

Laut [POLITICO](#) hat Ferber Unternehmen der Finanzbranche bei der Umsetzung der MIFID Richtlinie der EU (Finanzmarktrichtlinie) beraten. [\[3\]](#) Dies hatte er der Recherche zufolge gemeinsam mit Michael Heijmeijer geplant, dem Gründer und CEO von Cfinancials. Gleichzeitig war Ferber an der Gestaltung der Richtlinie selbst unmittelbar beteiligt. LobbyControl fordert, dass EU-Parlamentspräsidentin Metsola auf die Verwicklung von Ferber in Beratungstätigkeiten reagieren muss.

2022: Ablehnung eines Provisionsverbot für Finanzprodukte

Nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung (SZ) hat die EU-Kommission auch wegen der Intervention deutscher Politiker auf ein Provisionsverbot für Finanzprodukte verzichtet. [\[4\]](#) Zu diesen Politikern gehörte auch Ferber, der schon im Dezember 2022 gesagt habe, ein Provisionsverbot würde Teile der Bevölkerung von der Finanzberatung ausschließen. Ferber sitzt im Beirat der der [Deutschen Vermögensberatung](#) (DVAG) (Honorar: 1001 bis 5000 Euro monatlich), die lt. SZ 2021 mehr als 2,2 Mrd. Euro an Verkaufsprovisionen kassiert hat. Ferber ist auch Mitglied in den folgenden Gremien von Sparkassen: Beirat des Sparkassenverbands Bayern, Verwaltungsrat der Sparkasse Schwaben-Bodensee, der Kreissparkasse Augsburg und Zukunftsrat der genossenschaftlichen Sparda-Banken (Honorar jeweils bis 499 Euro

monatlich).^[5] Weiterhin ist er Mitglied des Steering Committee des [European Parliamentary Financial Services Forum](#) (nicht vergütet), das sich aus EU-Parlamentariern und Vertretern der europäischen Finanzwirtschaft zusammensetzt, und Vorsitzender der Working Group on Financial Services der [Kangaroo Group](#), der der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV) angehört.^[6] Markus Zydra fordert in der SZ, dass die Parlamente Nebentätigkeiten für hauptamtliche Volksvertreter endlich verbieten sollten: „Amtierende Politiker sollten nicht für die Finanzbranche arbeiten. Die Parlamentarier haben die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten. Dafür sind sie gewählt. Und dafür werden sie bezahlt.“^[7]

2011: Copy und Paste im Europaparlament

Laut Recherchen der NGO "Corporate Europe Observatory" standen acht Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (ECON) des EU-Parlaments im Verdacht, Änderungsanträge der Finanzlobby zur Regulierung von Leerverkäufen und Kreditausfallversicherungen praktisch 1:1 eingebracht zu haben.^{[8][9]} Zu diesen gehörte auch Markus Ferber.

Karriere

- seit 2021 Vizepräsident der Union Europäischer Föderalisten (UEF)
- seit 2020 Vorsitzender der Hans-Seidel-Stiftung
- seit 2018 Koordinator der EVP-Fraktion im Ausschuss für Wirtschaft und Währung im Europäischen Parlament
- 2014-2018 Erster stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Währung im Europäischen Parlament
- seit 2013 Sprecher des Parlamentskreis Mittelstand im Europäischen Parlament
- 2005-2014 Mitglied des Präsidiums der [CSU](#)
- seit 2005 Bezirksvorsitzender der CSU Schwaben
- seit 2000 Landesvorsitzender der [Europa-Union Bayern](#)
- seit 1999 Mitglied im Parteivorstand der CSU
- 1999-2014 Vorsitzender der CSU-Europagruppe im Europäischen Parlament
- 1996-1999 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament
- 1994-1999 Sprecher der Jungen Gruppe der Fraktion der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament
- seit 1994 **Mitglied des Europäischen Parlaments**
- 1992-1994 Vertriebsingenieur für Export im Bereich Umwelttechnik bei der Pfister AG
- 1990-1994 Bezirksvorsitzender der Jungen Union Schwaben
- 1990-1992 Entwicklungsingenieur im Bereich Mikroelektronik bei der Siemens AG
- 1985-1990 Studium der Elektrotechnik an der Technischen Universität München, Abschluss Diplom-Ingenieur

Quelle: [\[10\]](#)

Europäisches Parlament

- Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON), Mitglied
- Unterausschuss für Steuerfragen, Stellv. Vorsitzender
- Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr (TRAN), Stellv. Mitglied

Quelle: [\[11\]](#)

Nebentätigkeiten/Netzwerke

- [Hanns-Seidel-Stiftung](#), Vorsitzender
- [Europa Union Bayern](#), Landesvorsitzender
- [Union Europäischer Föderalisten \(UEF\)](#), Stellv. Vorsitzender
- [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), Mitglied des Präsidiums
- [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#), Ständiger Guest im Präsidium
- [Parlamentskreis Mittelstand \(PKM Europe\)](#), Co-Vorsitzender
- [Deutsche Vermögensberatung AG DVAG](#), Mitglied des Beirats
- [Kreissparkasse Augsburg](#), Verwaltungsrat
- [Sparda-Zukunftsrat](#), Mitglied
- [Beirat für sparkassenpolitische Grundsatzfragen](#), Mitglied
- [European Parliamentary Financial Services Forum](#) (Mitglied des „Steering Committee“)
- [Kangaroo Group](#) (Vorsitzender der Working Group on Financial Services)
- [European Logistics Platform](#), Mitglied des Beirats ^[12]
- [Peoples Financials Foundation](#), Mitgründer und Stiftungsrat
- [Finanzkollegium Brüssel](#), Vorsitzender
- [Max-Planck-Institut für Biochemie und Neurologie](#), Mitglied im Kuratorium

Quelle: [Quelle: \[13\]](#)

Zitate

Weiterführende Informationen

- [Der bayerische Abgeordnete Markus Ferber - Der lange Arm der Finanzlobby ins Europaparlament, Recherche von Finanzwende vom 08.07.2024](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)[Bluesky](#)[Facebook](#)[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [Der bayerische Abgeordnete Markus Ferber Der lange Arm der Finanzlobby ins Europaparlament, finanzwende.de vom 08.07.2024, abgerufen am 20.07.2024](#)
2. ↑ [Erklärung über private Interessen vom 16.07.2024, europarl.europa.eu, abgerufen am 20.07.2024](#)
3. ↑ [Pressemitteilung LobbyControl vom 21.02.204](#)
4. ↑ [Die Bankenlobby hat gesiegt, sueddeutsche.de vom 02.05.2023](#)
5. ↑ [Erklärung der finanziellen Interessen, europarl.europa.eu, abgerufen am 05.05.2023](#)

6. ↑ [Members](#), kangaroogroup.de, abgerufen am 05.05.2023
7. ↑ [Schluss mit den Nebenjobs für Politiker](#), sueddeutsche.de vom 04.05.2023, abgerufen am 05.05.2023
8. ↑ [Finanzlobby](#): Copy und Paste im Europaparlament, lobbycontrol.de vom 16.03.2011, abgerufen am 20.05.2023
9. ↑ [Monitor-Dokumentation: Steuermilliarden - wie sich die Banker in Brüssel die Regeln selber machen](#), sven-giengold.de vom 26.08.2011, abgerufen am 20.05.2023
10. ↑ [Lebenslauf Homepage](#), abgerufen am 31.05.2023
11. ↑ [Parlamentarische Tätigkeit](#), Webseite des Europäischen Parlaments], abgerufen am 20.07.2024
12. ↑ [Advisory Board](#), european-logistics-platform.eu, abgerufen am 20.07.2024
13. ↑ [Erklärung über private Interessen vom 16.07.2024](#), europarl.europa.eu, abgerufen am 20.07.2024

KPMG

Die **KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft** (KPMG) ist Mitglied eines Netzwerks unabhängiger Firmen, die weltweit Dienstleistungen in den Bereichen Audit, Tax, Consulting und Deal Advisory erbringen.^[1] Die Mitglieder sind der schweizerischen **KPMG International Cooperative** (KPMG International) angeschlossen. Sie haben ihren Sitz in 154 Ländern und haben insgesamt 197.263 Beschäftigte.^[2] KPMG selbst verfügt über 27 Zweigniederlassungen und ist an weiteren Gesellschaften beteiligt.

Zu der Beratungstätigkeit gehört auch die Steuervermeidung. Gleichzeitig berät KPMG-Gruppe neben anderen großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften die EU-Kommission bei der Erarbeitung von Plänen gegen die Steuervermeidung.

KPMG

[[Bild:<datei>|center]]

Branche	Wirtschaftsprüfung
Hauptsitz	KPMG Deutschland: Frankfurt, KPMG International: Zug/Schweiz
Lobbybüro	<text>
Deutschland	
Lobbybüro	Rue du Trone 60, Brüssel
EU	
Webadresse	www.kpmg.de

Inhaltsverzeichnis

1 Beratung bei der Steuervermeidung	32
2 Kritik	32
3 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	32
3.1 Allgemeines	32
3.2 Beratung von EU-Institutionen	32
3.3 Expertengruppen der EU-Kommission	32
3.4 Mitglied- und Partnerschaften	33
3.5 Lobbyrelevante Personen	33
4 Fallbeispiele und Kritik	33
4.1 2018: Beratung der EU-Kommission in Fragen des Steuerrechts	33
5 Geschäftsleitung, Aufsichtsrat und Unternehmensstruktur	33
5.1 Aufbau des KMPG-Netzwerks	33
5.2 Vorstand	34
5.3 Aufsichtsrat	34
6 Weiterführende Informationen	34
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	34
8 Einelnachweise	34

Beratung bei der Steuervermeidung

KPMG berät ihre Klienten auch bei der Steuervermeidung, was bei Konzernen als Verbesserung der Konzernsteuerquote bezeichnet wird.^[3] Die vielfältigen Dienstleistungen zur Steuerreduzierung bei vermögenden Privatkunden sind [hier](#) abrufbar.

Kritik

Die vier großen Wirtschaftsprüfer nutzen ihr Insiderwissen aus, um Steuervermeidungsmodelle zu verkaufen. Bastian Brinkmann fordert deshalb in der Süddeutschen Zeitung (SZ), dass Prüfung und Beratung strikt voneinander getrennt werden.^[4] Es sei außerdem völlig absurd, dass sich der Staat bei Steuerreformen von den Big Four und damit von denen beraten lasse, die dann Lücken in den neuen Steuergesetzen an Konzerne weiterverkauften.

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Allgemeines

Auf der Webseite von KPMG wird unter „Government & Public Sector“ auf Berater hingewiesen, von denen viele früher leitende Mitarbeiter im öffentlichen Dienst waren.^[5] Netzwerke mit Regierungsmitarbeitern gäbe es in den folgenden Bereichen: Defence, Human & Social Services und Public Sector Transport.

Beratung von EU-Institutionen

Das Brüsseler KPMG-Büro sieht es als Ziel an, Kontakte zwischen den EU-Institutionen und Akteuren aus der Industrie herzustellen.^[6] Dem dienen insbesondere Workshops zu wichtigen Fragen der EU-Gesetzgebung. KPMG erbringt weiterhin Beratungsleistungen wie Studien für EU-Institutionen. Sie betreffen die Bereiche Accountability of EU funding, Accounting & Financial reporting, Fraud detection and prevention, Digitalisation /ICT Environment, Better Regulation/Strategy and Policy advice, Technical Assistance und Capacity & Institutional Building.^[7] Hierzu gehörte z.B. eine Studie für die EU- Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen mit dem Titel: „Study to assess the financial situation of state-owned enterprises“ und eine Studie für die Generaldirektion Gesundheit und Lebensmittelsicherheit mit dem Titel: „Multiple framework contract with reopening of competition for the provision of evaluation, impact assessment and related services to the European Commission in the areas of public health, consumer protection and the food chain“.

2016 erhielt das Netzwerk Aufträge in Höhe von 51,4 Mio. Euro, wovon 3,8 Mio. Euro auf Aufträge zur Steuergesetzgebung entfielen.^[8] Deren Ausgestaltung betrifft die Interessen bedeutender KPMG-Kunden und kann zu Interessenkonflikten führen.

Expertengruppen der EU-Kommission

KPMG ist Mitglied der von der EU Generaldirektion Steuern und Zollunion 2016 eingesetzten Expertengruppe (E02813), die die Kommission bei der Vorbereitung zur Reform der Mehrwertsteuer beraten soll.^[9]

Mitglied- und Partnerschaften

KPMG ist Mitglied von:

- European Contact Group (informeller Zusammenschluss der „Big Four“ und der beiden nächstkleineren Wirtschaftsprüfungsgesellschaften)^[10]
- Accountancy Europe (Dachverband der Wirtschaftsprüfer)
- European Fund and Asset Management Association (EFAMA)
- European Federation of Management Consultancies Associations (FEACO)
- European Parliamentary Financial Services Forum (EPFSF)
- Eurofi
- Trans-Atlantic Business Council (TABC)
- Förderkreis Deutsches Heer
- Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

KPMG ist Partner von True Sales International und Alternative Investment Management Association sowie Förderer von BIO Deutschland

Lobbyrelevante Personen

- Mercedes Sanchez Varela, EU office partner
- Liz Forsyth, Global Head of Government & Public Sector
- Frank W. Grube, Vorstandsmitglied der KPMG, ist Vorsitzender der Bundesfachkommission Steuern des Wirtschaftsrat der CDU

Fallbeispiele und Kritik

2018: Beratung der EU-Kommission in Fragen des Steuerrechts

Nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung, der zum Teil auf Recherchen von Corporate Europe Observatory (CEO) beruht, lässt sich die EU-Kommission in Fragen des Steuerrechts von den vier großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften („Big Four“) beraten, zu denen auch KPMG gehört.^{[11][12]} So erhielten PwC, Deloitte und KPMG Aufträge im Wert von 10,5 Mio. Euro für Studien zum Thema Steuern und Zölle. Außerdem seien die „Big Four“ Mitglieder von sogenannten Advisory-Groups, die die EU-Kommission geschaffen hat, um sie bei der Umsetzung ihrer Pläne gegen Steuervermeidung zu unterstützen. Dabei seien es oft genau diese Gesellschaften, die Konzerne bei der Steuervermeidung helfen - wie etwa die „Lux Leaks“ zeigten. Nach Auffassung von CEO treten die Berater damit in Feldern auf, in denen die Firmen gleichzeitig klassische Lobbyisten in eigener Sache sind.

Geschäftsleitung, Aufsichtsrat und Unternehmensstruktur

Aufbau des KMPG-Netzwerks

- Die deutschen Aktivitäten sind in der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (**KPMG**) gebündelt

- In Brüssel ist die KPMG Europe, Middle East, Africa (**KPMG EMA**) aktiv, deren Sitz wie folgt bezeichnet wird: c/o Prufag Wirtschaftsprüfungs und Beratungs AG, Berderstrasse 66, 8002 Zurich/Schweiz. ^[13] Die Adresse des belgischen Büros von KPMG lautet: Rue du Trone 60, 1050 Brüssel
- Die weltweite Obergesellschaft ist die KPMG International Cooperative (**KPMG International**), eine Genossenschaft schweizerischen Rechts, die im Handelsregister Zug/Schweiz eingetragen ist. ^[14] Als Domizialadresse wird dort genannt: c/o Stadlin Advokatur, Baarerstr. 12, 6300 Zug.

Vorstand

Sprecher des Vorstands der KPMG ist Klaus Becker (Stand: August 2018)

Aufsichtsrat

Vorsitzender des Aufsichtsrats der KPMG ist Ulrich Maas, Co-Vorsitzender des Instituts für den öffentlichen Sektor, das von KPMG unterstützt wird ^[15] (Stand: August 2018)

Weiterführende Informationen

- [Die Verantwortung der Wirtschaftsprüfer bei CumEx, Bürgerbewegung Finanzwende, 10.12.2020](#)
- [Accounting for influence - How the Big Four are embedded in EU policy-making on tax avoidance, Studie von Corporate Europe Observatory \(CEO\) Juli 2018](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)[Bluesky](#)[Facebook](#)[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [Wer wir sind](#), kpmg.com, abgerufen am 06.08.2018
2. ↑ [Structure](#), kpmg.com, abgerufen am 09.08.2018
3. ↑ [International Tax Services](#), kpmg.com, abgerufen am 07.08.2018
4. ↑ [Zerschlägt die Vier](#), sueddeutsche.de vom 01.03.2019
5. ↑ [Government & Public Sector](#), kpmg.com, abgerufen am 07.08.2018
6. ↑ [EU Services](#), kpmg.com, abgerufen am 07.08.2018
7. ↑ [Overview of EU Services](#), kpmg.com, abgerufen am 07.08.2018
8. ↑ [Accounting for influence](#), corporateeurope.org vom 10.07.2018, abgerufen am 03.08.2018
9. ↑ [List of the organisations appointed as members of the VAT Expert Group](#), ec.europa.eu, abgerufen am 09.08.2018
10. ↑ [Frisieren und mitregieren](#), corporateeurope.org vom Juli 2018, abgerufen am 03.08.2018
11. ↑ [Die fragwürdige Doppelrolle der Wirtschaftsberater](#), sueddeutsche.de vom 09.07.2018
12. ↑ [Accounting for influence](#), corporateeurope.org vom 10.07.2018, abgerufen am 03.08.2018
13. ↑ [KPMG EMA](#), EU-Transparenzregister, abgerufen am 07.08.2018
14. ↑ [KPMG International Cooperative](#), zg.chregister.ch, abgerufen am 07.08.2018

15. ↑ Vorstand des Instituts, publicgovernance.de, abgerufen am 06.08.2018